

Eingang: 09.03.2021

Ergänzung zum ehrenamtlichen Dolmetscher*innenpool

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	20.04.2021	34	X	
Migrationsbeirat	30.06.2021		x	

1. Die Stadtverwaltung prüft, welche Dolmetscher*innenleistungen von welchen Institutionen und Behörden in Anspruch genommen werden. Die Stadtverwaltung erstellt einen Überblick über den aktuellen Bestand der Dolmetscher*innenangebote.
2. Die Stadtverwaltung ermittelt, welche Bedarfe auf welche Art und Weise mit dem (durch das Büro für Integration finanzierten) ehrenamtlichen Dolmetscher*innenpool des Internationalen Bunds (IB) abgedeckt werden können.
3. Die Stadtverwaltung initiiert ein Koordinationstreffen mit relevanten Protagonist*innen und ermittelt so, ob Handlungsbedarf im Hinblick auf ergänzende Angebote in Form von qualifizierten Dolmetscher*innen für hochsensible Themen besteht. In einem nächsten Schritt sollen strukturelle Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.
4. Die Stadtverwaltung stellt die Ergebnisse des Koordinationstreffens im Migrationsbeirat vor.

Begründung/Sachverhalt

Bezüglich der Unterstützung beim Übersetzen greifen Bildungseinrichtungen, Behörden, Beratungsstellen und medizinisches Personal auf unterschiedliche, häufig selbstorganisierte Dolmetscher*innenleistungen zurück.

Der von der Stadt finanzierte Dolmetscher*innenpool des Internationalen Bunds bietet seit 2015 einen kostenlosen Service für Menschen mit Migrationsgeschichte an, um Sprachbarrieren bei der Kommunikation, insbesondere mit Bildungseinrichtungen, zu überwinden. Das Angebot trifft auf große Resonanz und ist mittlerweile unverzichtbar. Um der steigenden Nachfrage gerecht zu werden, wurden die Mittel im Haushalt 2021 aufgestockt.

Im Rahmen von Gesprächen mit verschiedenen Beratungseinrichtungen ist der Eindruck entstanden, dass jedoch zusätzlich zu diesem ehrenamtlichen Angebot, auch ein dringender Bedarf an professionell qualifizierten Dolmetscher*innen besteht, die für hochsensible und heikle Themen und Beratungssituationen (z.B. häusliche Gewalt, sexuelle Vielfalt, Rollenbilder und Familienmodelle) geschult sind. Bei manchen Anliegen, wie der Begleitung zu einer Ärztin*Arzt, dürfen ehrenamtliche Dolmetscher*innen beispielsweise gar nicht eingesetzt werden.

Ein entsprechendes Angebot ist nicht im Sinne der Etablierung einer Doppelstruktur zu verstehen. Es soll vielmehr ergänzend und professionell an dem Punkt ansetzen, an dem ehrenamtliche Leistungen an ihre Grenzen kommen, sowohl was die Beratungsqualität als auch die Belastungsgrenze der Ehrenamtlichen betrifft.

Um den Bestand und die entsprechenden Bedarfe zu klären und gemeinsam Lösungsvorschläge zu finden, soll ein Koordinationstreffen mit den verschiedenen Protagonist*innen (z.B. aus Beratungsstellen, städtischen Institutionen und Wohlfahrtsverbänden) initiiert werden.

Unterzeichnet von:

Dr. Iris Sardarabady

Niko Riebel

Benjamin Bauer

Aljoscha Löffler

Renate Rastätter

Verena Anlauf

Jorinda Fahringer

Christine Weber